

045. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 13.12.2016

Rede von MdL Klaus Bartl zum Antrag der Fraktion GRÜNE in Drs 6/7230 „Unverzügliche umfassende Aufklärung der Verbindungen der sächsischen Polizei und anderer Behörden zu Mitgliedern oder Unterstützern der sog. ‘Terrorgruppe Freital’ und möglicher anderer Versäumnisse sächsischer Behörden bei den Ermittlungen der rechtsextremen Strukturen in Freital und Umgebung“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als über Sie, Herr Staatsminister Ulbig und zugleich auch Herr Ministerpräsident Tillich, als über Sachsen das hereinbrach, was man inzwischen gemeinhin als Sachsen-Bashing bezeichnet - das war weit vor dem Fall Al-Bakr oder dem hier gegenständlichen Komplex rechtsterroristischer Kapitalverbrechen in Freital und anderswo - haben wir uns weder gefreut, noch irgendeine Genugtuung empfunden. Wir sind zwar Opposition in diesem Land, gewählt aber wie Sie von den Bürgerinnen und Bürgern Sachsen auf das Handeln zu ihrem Wohl verpflichtet.

Wir haben uns deshalb verschiedentlich und zuletzt in zunehmendem Maße bei vermeintlich allzu voreiliger und oft zu einseitiger Sachsenschelte auch mal vor die Regierung gestellt und gesagt: Nun mal langsam, ein failed state ist Sachsen nun doch nicht! Fehler passieren überall! Das schlimme Versagen beim polizeilichen Zugriff auf Al-Bakr etwa oder sein bedauerlicher und für Sachsen peinlicher Suizid im JVA-Gewahrsam hätte auch woanders passieren können.

Inzwischen aber und speziell unter dem Eindruck der Behandlung des Landtages in seinem Bemühen um sachliche Behandlung des Komplexes „Terrorgruppe Freital“, be-reue ich das fast. Anscheinend verscheißern Sie doch das Parlament und seine Abgeordnete, wo Sie und so lange Sie können!

Als im April 2016, konkret nachdem Beamte der GSG 9 am 20. April 2016 in Freital fünf Rechtsterroristen festnahmen, unter dem Verdacht, gemeinsam mit bereits in Haft befindlichen drei weiteren Mitgliedern der „Gruppe Freital“ eine rechtsterroristische Vereinigung gebildet zu haben, die u. a. drei Sprengstoffanschläge, versuchten Mord, mehrfache gefährliche Körperverletzung u. ä., im Zuge von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und ein alternatives Wohnprojekt in Dresden, Freital und Umgebung begangen hat, reichten mehrere Abgeordnete des Hohen Hauses zunächst Kleine Anfragen ein.

Am 21. April beantragte unsere Fraktion mit Einreichung der Drucksache 6/4952 zum Thema „Konsequenz aus der Übernahme der Ermittlungen gegen die Freitaler rechtsterroristische Zelle durch den Generalbundesanwalt ziehen - Hasskriminalität konsequent strafrechtlich verfolgen!“ eine Sondersitzung des Verfassungs- und Rechtsausschusses. Diese fand am 28. April 2016 statt, mit der Botschaft des anwesenden sächsischen Generalstaatsanwaltes Klaus Fleischmann, des Oberstaatsanwaltes beim Generalstaatsanwalt Uwe Wiegner und des Landespolizeipräsidenten Georgi, auf deren Auskünfte gestützt des Justizministers, dass an den medial erhobenen Vorwürfen, Sachsen habe nicht bzw. erst zu spät das Vorliegen von Organisationsdelikten erkannt und verfolgt, nichts dran sei bzw. dem vermeintlich glaubhaft widersprochen.

Versichert wurde uns auch, dass an den Mutmaßungen zum Beispiel des Magazins „Der Spiegel“, der ursprüngliche Hinweisgeber, welcher den Zugriff auf die Terrorgruppe erst ermöglichte, habe in irgendeinem Dienst- oder sonstigem Verhältnis zur sächsischen Polizei, zum Verfassungsschutz oder sonstigen Bereichen der Verwaltung gehört, nicht stimmen würden. Auch auf Nachfrage wurde quasi Stein und Bein geschworen, der Hinweisgeber sei weder Informant noch - die Sprachformulierung stammte nicht von mir - offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, noch gäbe es Erkenntnisse, dass die Person mit einem anderen Dienst in Verbindung stand.

Wir, ich selbst, haben daraufhin Regierung, Polizei und Justiz vor laufender Kamera verteidigt. Dann kam „Der Spiegel“ mit seiner Ausgabe vom 13. November 2016 „Hallo, Herr Kaiser“ mit naheliegenden Anknüpfungstatsachen dazu, dass der Hinweisgeber in irgendeiner Weise eben doch mit dem Sächsischen Verfassungsschutz angebandelt und - obwohl frühzeitig erkennbar war, dass er selbst als Täter in der Terrorstruktur handelte - von der sächsischen Staatsanwaltschaft Vertraulichkeit zugesichert bekommen habe.

Es folgte die nächste Sondersitzung des Verfassungs- und Rechtsausschusses zu dem nach anhängigen Antrag unserer Fraktion zur Drucksache 6/4952. In dieser Sondersitzung am 17. November 2016 wurde die Sache wieder „runtergehängt“; „Der Spiegel“ habe nicht recht.

Ganze 10 Tage später vermehren die Medien, dass der Verteidiger eines im Komplex Terrorgruppe Freital Angeklagten beim Generalbundesanwalt Strafanzeige erstattet hat, mit dem Vorwurf u. a. der Rechtsbeugung, der Strafvereitelung und der Urkundenfälschung bzw. -unterdrückung, gerichtet gegen sächsische Staatsanwälte und Ermittlungsbeamte.

Ich kenne den Anzeigersteller, Herrn Rechtsanwalt Prof. Endrik Wilhelm, seit langem auch aus meiner gutbürgerlichen beruflichen Tätigkeit. Ich weiß, dass er genug Tassen im Schrank hat, um nicht eine solche Strafanzeige vom Stapel zu lassen, ohne zu wissen, was er schreibt oder sagt.

Dann kommt als nächstes raus und inzwischen steht es ja offensichtlich zumindestens mit einem hinreichenden Verdacht fest, dass ein Polizeibeamter die Terrorgruppe im Zuge ihrer seinerzeitigen Mord- und Sprengstoffanschläge warnte.

Als der Verfassungs- und Rechtsausschuss, Verfassungsorgan und das vom Landtag beauftragte Gremium, die Sachverhalte, Erkenntnisse und Abläufe hinterfragte: Null Botschaft in diese Richtung! - Da liefen aber längst Ermittlungen beim Generalbundesanwalt bzw. der Sächsischen Staatsanwaltschaft wenn auch schleierhafter Weise noch gegen Unbekannt.

So geht das nicht!

Es kann nicht sein, dass das Parlament und speziell die Opposition immer und immer wieder vor der Frage stehen, ob irgendetwas, was in Sachsen stinkt, unterhalb der Schwelle von Untersuchungsausschüssen überhaupt noch aufklärbar ist.

Wie gesagt: Fehler passieren überall. Das ist menschlich.

Aber kaum in einem anderen Bundesland, so unser Eindruck, herrscht ein derartiges notorisches Schweigen und Wegreden von Fehlern, eine derart mangelnde Bereitschaft, Fehler einzugestehen, ein derart ignoranter Umgang mit dem Parlament.

Im Unrechtsrussisch: eto chwatit! Frei übersetzt: Es reicht!